

Bereits nächste Rentenreform im Visier

Der Gewerkschaftsbund stimmt dem vom Parlament geschnürten Reformpaket überraschend deutlich zu

Nach einer emotionalen Debatte scharen sich die Delegierten mit 98 zu 21 Stimmen hinter die Altersvorsorge 2020. Für viele ist der Ausbau der AHV ausschlaggebend. Fundamentaler Widerstand kommt aus der Westschweiz.

CHRISTOF FORSTER, BERN

Im Parlament war es eine heiss diskutierte Frage, ob die Gewerkschaften am Schluss tatsächlich hinter der Rentenreform in der Variante mit dem AHV-Zuschlag von 70 Franken stünden, wie dies SP und CVP hofften. Am Freitag lieferten die Delegierten des Gewerkschaftsbunds (SGB) die Antwort. Sie haben mit 98 zu 21 Stimmen (1 Enthaltung) die Ja-Parole für die Abstimmung vom 24. September beschlossen. Das Resultat fiel deutlicher aus, als es die Gewerkschaftsleitung erwartet hatte. Damit erhält die Vorlage wichtigen Support. Der SGB wird aufgrund des klaren Entscheids eine Ja-Kampagne führen. Der Umfang des Engagements ist noch nicht festgelegt.

Viele Befürworter der Reform rangen jedoch mit sich, wie die zahlreichen Voten zeigten. Immer wieder war von der Kröte die Rede, die es zu schlucken gelte. Die Kröte kommt in Form des höheren Rentenalters für Frauen von 65 Jahren. Dies sei das Schwierigste an der Reform überhaupt, sagte Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). Maria Bernasconi, Präsidentin der Bundespersonal-Gewerkschaften, sprach von Bauchweh, weil die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau immer noch nicht realisiert sei. Trotzdem unterstützen beide Frauen die Reform – wegen der Erhöhung der AHV um monatlich 70 Franken für Neurentner. Prelicz-Huber sieht darin «fast eine Sensation».

Die Vorlage bringt den Frauen auch Vorteile. Dank dem AHV-Zuschlag und einer tieferen Rentenkürzung beim Vorbezug sei es künftig möglich, sich mit 64 Jahren ohne grossen Rentenverlust pensionieren zu lassen, sagte Doris Bianchi vom SGB-Zentralsekretariat. Zudem würden in der zweiten Säule Teilzeitangestellte bessergestellt, wovon viele Frauen profitierten.

Unter dem Strich war es wohl für viele Delegierte ein «Entscheid der Vernunft», wie es ein Votant formulierte.



Die Delegierten unterstützen die vom Gewerkschaftspräsidenten Rechsteiner mitgeprägte Rentenreform.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

Mehrere Sprecher waren der Ansicht, dass ein Scheitern der Reform an der Urne die bürgerliche Seite stärke und zu Abstrichen bei der AHV und zu Rentenalter 67 führen werde. Lob erhielt SGB-Präsident und SP-Ständerat Paul Rechsteiner (vgl. Artikel unten), der angesichts der Kräfteverhältnisse im Parlament das Maximum herausgeholt habe. Aus einer Abbauvorlage sei sukzessive eine Ausbaivorlage geworden. Die Fortschritte seien höher zu gewichten als die Rückschritte.

Referendum aus der Westschweiz

(sda) · Noch am Freitag schlossen sich in Bern verschiedene Westschweizer Organisationen zu einem Referendumskomitee zusammen. «Die Reform, die vom Parlament beschlossen wurde, ist keine gute Reform, weder für die Rentner noch für die Frauen oder für die Arbeitnehmenden», sagte Manuela Cattani, Präsidentin der Genfer Ge-

Die Gegnerschaft kam vorwiegend aus der Romandie und dem Tessin. Deren Vertreter lehnen jegliche Erhöhung des Rentenalters und damit das gesamte Paket ab. Ein Ja sei ein Verrat am gewerkschaftlichen Kampf der letzten Jahrzehnte. Das Nein aus der Romandie hat auch eine parteipolitische Note. Es gibt Verbindungen zwischen Gewerkschaftern und Parteien, die sich links der SP zu behaupten versuchen.

Derweil haben die Gewerkschaftsstrategen bereits die nächsten Schritte

im Visier. SP-Nationalrat und Unia-Gewerkschafter Corrado Pardini sprach von einem Paradigmenwechsel, da das Parlament Hand geboten habe zu einer Gewichtverschiebung weg von der zweiten Säule hin zur AHV. «Damit ist der Kompass für die nächste und übernächste Reform bereits gesetzt.» Das heisst, bei der nächsten Senkung des rentenbildenden Umwandlungssatzes in der zweiten Säule werden die Gewerkschaften einen weiteren Ausbau der AHV fordern.

Der gewiefte Klassenkämpfer

SGB-Präsident Paul Rechsteiner feiert mit der Rentenreform einen seiner grössten Erfolge – es ist nicht der einzige

gmü. Bern · Nichts lässt an diesem Freitagmorgen in Bern darauf schliessen, wie wichtig dieser Tag für ihn ist. Paul Rechsteiner eröffnet die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) derart emotionslos, als ginge es um die Verabschiedung eines Jahresberichts, den niemand gelesen hat. Und nicht um einen historischen Triumph, den der SGB-Präsident in den eigenen Reihen so gut wie möglich absichern muss, wenn dieser auch die nächste Hürde – die Volksabstimmung – überstehen soll: den Ausbau der AHV. Zum Preis des Frauenrentenalters 65.

Rechsteiner war einer der Architekten der Rentenreform, über die das Volk am 24. September abstimmen wird. Und er verneint nicht, wenn man ihn fragt, ob dies der grösste Erfolg seiner langen Politikkarriere ist. Selber formuliert er es allerdings anders. Es sei, sagt Rechsteiner, «eine entscheidende Weichenstellung für die Lebensbedingungen jener mit kleinen und mittleren Einkommen».

Die Frage war zu persönlich gestellt. Und persönlichen Fragen weicht er aus. Das wenige, was man über die Privatperson Rechsteiner weiss: Der bald 65-Jährige wuchs in St. Gallen in ärmlichen Verhältnissen auf. Vater: Hilfsarbeiter.

Mutter: Putzfrau. Er studierte Rechtswissenschaften in Freiburg und Berlin, ist mit der Filmemacherin Irene Loebell verheiratet. Und er verschlingt Berge von Büchern. Er fährt zweite Klasse, obwohl er als Ständerat ein Erstklass-GA besitzt. «Die Reibung an der Realität mit konkreten Menschen ist nicht ersetzbar», hat er einmal gesagt. Es war an die Adresse seiner Partei gerichtet.

Rechsteiner ist ein Phänomen. Und was er nicht ist, wurde zur Marke. Trockener Charme statt Charisma. Seine äusserliche Unauffälligkeit, Mittelschicht, Schnauz, unverändert seit Jahrzehnten, unverkennbar. Ab 1986 sass er für die SP im Nationalrat. Bereits seit 1998 ist er als SGB-Präsident auch oberster Arbeitnehmervertreter. Und 2011 gelang ihm das bis dahin Undenkbare, ein Coup, der ihm unter den Genossen fast schon Heldenstatus einbrachte: Der Klassenkämpfer schaffte im durch und durch bürgerlichen Kanton St. Gallen den Sprung ins Stöckli. Eine linke Revolution war es nicht. Rechsteiner profitierte, auch in bürgerlichen Kreisen, von seinem Ruf als integrierter Politiker und ausgezeichneter Anwalt, als vielleicht verbissener, aber ehrlicher Kämpfer für die Rechte des kleinen Mannes. Und er

profitierte von der Schwäche des Gegners. Rechsteiner sei berechenbar und verlässlich, sagt die freisinnige St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter. «Wir arbeiten bei allen politischen Differenzen gut zusammen, haben gewisse regionale Anliegen wie etwa den Bahnausbau auch gemeinsam durchgeboxt.»

Das Schmieden von Allianzen beherrscht Rechsteiner wie nur wenige in Bern. Bei der Altersvorsorge setzte er auf die CVP, die seit langem höhere AHV-Renten für Ehepaare forderte. Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber sagt über Rechsteiner: «Er ist politisch knallhart, arbeitet in der Kommission aber sach- und faktenorientiert und hat ein Gespür dafür, was politisch möglich ist.» Bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative war es die FDP, mit der Rechsteiner erfolgreich gemeinsames Terrain suchte. Die FDP wollte die Bilateralen verteidigen, der Gewerkschafter die Situation der Arbeitnehmenden verbessern. Der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller sagt über Rechsteiner: «Mit ihm sind Abmachungen möglich, er ist zuverlässig und integer.» Und bei der Bekämpfung der Durchsetzunginitiative der SVP spannte Rechsteiner mit dem früheren Fern-

alle Katastrophenszenarien als falsch erwiesen. Im Referendumskomitee vertreten sind derzeit neben der CGAS und dem Gewerkschaftsbund Waadt die VPOD-Sektionen Waadt und Genf, die Organisation SolidaritéS, das Mouvement Populaire des Familles, die Partei der Arbeit und die Rentnerorganisation AVIVO.

sehdirektor Peter Studer zusammen. Sie lancierten einen «dringenden Aufruf». Die Spendenaktion war ein durchschlagender Erfolg. Nicht nur wegen der 1,2 Millionen Franken, die sie einbrachte, um eine Plakatkampagne zu finanzieren. Sie löste eine neue Dynamik aus. Innert Kürze schlossen sich unzählige Prominenten aus Politik, Recht, Wirtschaft und Kultur dem Aufruf an.

Weniger rund läuft die Zusammenarbeit der beiden Spitzenverbände der Sozialpartnerschaft. Die Fronten sind verhärtert. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt sagt über Rechsteiner: «Er sieht primär seine eigene Welt und hat wenig Musikgehör für andere Sichtweisen.» Sind die Gewerkschaften immer die Guten, Herr Rechsteiner? Das sei keine Frage von Gut und Böse, sagt er, es gehe «einfach um eine Interessenvertretung in einem neoliberalen Zeitalter».

In Bern stimmen die SGB-Delegierten der Rentenreform schliesslich deutlicher zu als erwartet. Rechsteiner wirkt erleichtert. Kritik am AHV-Ausbau wischt er weg. Was ist nach 2030, wenn sich die Defizite in der AHV rasch wieder vergrössern werden? Prognosen über 15 Jahre, sagt er, das habe die Vergangenheit gezeigt, seien «nicht seriös».

«Wir wollen einen friedlichen Anlass»

Anti-Erdogan-Demonstration auf dem Bundesplatz

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

«Freiheit, Frieden, Rechtsstaat und Demokratie in der Türkei statt Repression, Krieg und Diktatur!» Das fordern die Organisatoren der Demonstration, die am Samstagmittag auf dem Bundesplatz in Bern stattfinden soll. Zu ihnen zählen neben der SP Schweiz auch die Grünen Schweiz sowie der kurdische Frauenverein Beritan und das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurden und Kurden Demkurd oder der Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt (Solifonds).

Aufruf linksextremer Kreise

Mit der Platzkundgebung wollen die Demonstranten ihre Solidarität mit den Verfolgten und Gefangenen in der Türkei ausdrücken. Reden werden unter anderem der St. Galler SP-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Paul Rechsteiner, die Genfer SP-Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle und die Grünen-Nationalrätin aus dem Kanton Basel-Stadt, Sibel Arslan. Erwartet werden 2000 bis 3000 Teilnehmer.

Parallel zur Veranstaltung auf dem Bundesplatz haben Berner Linksextreme, genauer die Gruppierung Revolutionäre Jugend Bern, zu einem Stadtspaziergang «gegen die Diktatur Erdogans» aufgerufen, welcher bei der Reitschule beginnen und beim Bundesplatz enden soll. Der Aufruf gab im Vorfeld der Veranstaltung zwar zu reden, bereitet den Organisatoren aber kein Kopfzerbrechen. Man habe mit dieser Gruppe Kontakt aufgenommen, wie Urs Sekinger, Koordinator beim Solifonds, auf Anfrage sagt. «Wir wollen keine Ausschreitungen und hoffen, dass der Anlass friedlich über die Bühne geht.»

Veränderte Ausgangslage

«Die Ausgangslage ist denn auch weniger explosiv als 2015», schätzt Sekinger. Damals hatte dieselbe linksextreme Gruppierung zu einer Gegendemonstration gegen die bewilligte Kundgebung der konservativen Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), welche der türkischen Regierungspartei AKP nahesteht, aufgerufen. «Gegen den Krieg und das Massaker in Kurdistan!», hiess es damals seitens der Aktivistinnen, welche mit ihrem Aufmarsch kurdische Gruppierungen wie die PKK unterstützten. 22 Teilnehmer, unter ihnen fünf Polizisten und ein Polizeihund, wurden bei den darauffolgenden Ausschreitungen verletzt.

Doch dieses Mal stehen sich keine verfeindeten Lager gegenüber. Die revolutionären Krawallbrüder und -schwestern vertreten grundsätzlich die gleichen Anliegen wie die Demonstranten auf dem Bundesplatz. Und eine Gegendemonstration der konservativen UETD ist offenbar nicht geplant.

Wie die Gruppe Revolutionäre Jugend auf Nachfrage präzisiert, will sie mit ihrem Stadtspaziergang die Inhalte der Demonstranten mit einer Kritik an europäischen Staaten ergänzen. «So exportierte beispielsweise Deutschland im vergangenen Jahr für zig Millionen Euro Rüstungsgüter in die Türkei, obwohl die Türkei Massaker an der Zivilbevölkerung im Südosten des Landes anrichtet», monieren die Aktivistinnen.

Die Polizei ist gewappnet

Der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause schaut dem morgigen Tag einigermassen entspannt entgegen. Dass es wider Erwarten doch zu einer Gegendemonstration von nationalistischen Türken kommen könnte, sei «ein Szenario, das in Betracht gezogen werden muss», sagt der CVP-Mann. Das Problem bestehe für die Polizei in diesem Fall auch darin, die verschiedenen Gruppierungen, also Kurden und Nationalisten, auseinanderzuhalten. Ohne Embleme sei das so gut wie unmöglich.